

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865**

12.9.1865 (No. 215)



# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 12. September.

N<sup>o</sup> 215.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettzeile oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

## Deutschland.

**Karlsruhe, 11. Sept.** Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin nebst Höchstherrn Kindern sind nach Beendigung der Badefur zu Trouville über Paris — wo Höchstherrselben einige Tage verweilten — gestern Vormittag 10 Uhr in erwünschtem Wohlfahrt in Baden wieder eingetroffen. Gestern Abend kam Seine königliche Hoheit der Großherzog hier an und wohnte heute Morgen den in der Umgegend von Karlsruhe stattgehabten Manövern des Großherzoglichen Armee-Corps bei.

**Wiesbaden, 9. Sept. (Fr. Z.)** In der Zweiten Kammer fand heute Vormittag öffentliche Sitzung statt. Auf der Tagesordnung stand der einzige Gegenstand: die Rechtfertigung des Antrags des Abg. Mergler und Genossen wegen Erbauung einer Eisenbahn von Limburg über den Westerwald nach A. u. Vor Übergang zur Tagesordnung wurden mehrere Petitionen übergeben und dann von dem Abg. Schenk an die hohe Regierung die Anfrage gerichtet, ob ihr nicht bekannt geworden sei, daß im Monat Dezember 1864 in dem Domänenwald zwischen der Platte und Neuhof den Bewohnern von Neuhof Holztag gestattet worden sind, bei welchen die bestehenden Vorschriften nicht beachtet wurden. Abg. Blum monirte die Beantwortung seiner Anfrage bezüglich Einführung eines neuen Jagdgesetzes. Regierungskommissar Horstmann beantwortete die Anfrage des Abg. Eigner wegen Bezug von Leseholz aus Domänenwaldungen dahin, daß die Regierung Verfügung erlassen habe, daß den Viehhütern das erforderliche Streumittel aus den Gemeindefeldern und erforderlichen Falls dasselbe auch gegen billige Vergütung aus Domänenwaldungen verabfolgt werde. Abg. Mergler reichte eine Petition ein, die den oben erwähnten Antrag und wurde die Inbetrachtung desselben einstimmig beschlossen.

**Koburg, 7. Sept.** Die Königin von England hat vor ihrer Abreise der Bürgerschaft hiesiger Stadt ihren Dank für deren freundliche und anhängliche Gesinnung durch folgende Zuschrift an den Bürgermeister zu erkennen geben lassen:

Die Königin war gerührt und erfreut, zu sehen, wie die Bewohner der Stadt Koburg in dem Streben, das Andenken Ihres unvergesslichen Gemahls zu ehren, sich ihr angeschlossen haben. Der jüngste Beweis der Liebe zum Prinzen von Schotten Seiner Vaterstadt hat die Königin tief ergötzt. Koburg, der Geburtsort Ihres Gemahls und Ihrer Mutter, wird der Königin immer lieb und werth sein. Sie kann jetzt Koburg nicht verlassen, ohne Ihren wärmsten Dank auszusprechen sowohl dem Bürgermeister der Stadt, als auch durch ihn allen Bewohnern von Koburg, für die Beweise von Anhänglichkeit, welche Sie bei diesem letzten Besuch wie bei jeder früheren Gelegenheit erfahren hat. — Koburg, Sept. 1865. — Lord Granville.

**Hannover, 7. Sept.** Das „Tageblatt“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß der General-Polizeidirektor v. Engelbrechten jetzt definitiv zum Landdrosten von Osnabrück an Herrn v. Lüdens Stelle ernannt ist und gleich nach seiner Rückkehr von Norberney in die neue Stelle eintreten wird.

**Schwerin, 8. Sept.** Das große Ministerium, Abtheilung für Medicinalangelegenheiten, hat eine Bekanntmachung erlassen, worin es heißt:

Da nach amtlicher Anzeige eine ansteckende Kindvieh-Seuche (Kinderspeck) nicht nur in England, sondern auch in Holland ausgebrochen ist, so wird die Ein- und Durchführung von Kindvieh, Säuglingen, Kälbern und Haaren von Kindvieh aller Art, dergleichen von rohem Fleisch und aller anderen rohen Theilen desselben aus England und aus Holland hierdurch bis auf Weiteres gänzlich verboten. Die diesem Verbot zuwider etwa eingeführten Gegenstände sind sofort zu zerstören und zu vernichten, wozu so zu verfahren, daß kein weiterer Gebrauch wieder von ihnen gemacht werden kann. Die Kontravenienten sind nach Maßgabe der Verordnung vom 12. Mai 1857 in dem den Umständen entsprechende Geldstrafe bis zu 500 Thlrn. zu bestrafen.

**Neumünster, 8. Sept. (Hamd. Nachr.)** Von dem engern Ausschuss der schleswig-holsteinischen Vereine war zu heute eine Delegation von vier Mitgliedern hierher berufen; dieselbe fand im Livoli statt. Vertreten waren 110 Vereine durch 177 Delegirte aus beiden Herzogthümern. Der Vorsitzende, Advokat Jessen, berichtete über die Versammlung des 36er Ausschusses am 3. d. M. in Leipzig, welcher 10 Deputirte der Herzogthümer beigewohnt hatten, über ihren Einschluss zum 1. Okt. nach Frankfurt a. M. eine Abgeordnetenversammlung der 31 holsteinischen Ständeabgeordneten in Kiel, und deren Eingabe an den Deutschen Bund. Letztere wurde von Pastor Schrader-Kiel verlesen, und im Anschluss hieran eine vom engern Ausschuss verfasste Erklärung von Advokat Neergard-Kiel vorgetragen und in längerer Rede motivirt. Ueber die Annahme und Nichtannahme entspann sich eine sehr lebhaft dreistündige Debatte, deren Resultat war, daß der engere Ausschuss seine Erklärung zurückzog; dagegen wurde die folgende einstimmig angenommen:

Die Delegirtenversammlung spricht ihre volle Uebereinstimmung aus mit der Erklärung der holsteinischen Stände vom 6. d. M. Nichterschütterter in der Ueberzeugung, daß die Schleswig-Holsteiner an der Selbstständigkeit ihres Landes unter ihrem rechtmäßigen Fürsten, Her-

zog Friedrich VIII., und an dem Staatsgrundgesetz von 1848 und an der Bereitwilligkeit zur Erfüllung jeder nationalen Pflicht mit aller Treue festhalten, jeder Vergeßlichkeit den zähesten Widerstand nach wie vor entgegenzusetzen, fordert die Delegirtenversammlung vom gesammten deutschen Volke, daß es ausdauere, unsere Sache als die seine anzusehen, und thatkräftig mit eintrete bei unserm Kampfe für das ganze Deutschlands Recht, Freiheit und Ehre.

**Kiel, 5. Sept. (Z. N.)** Der Herzog kehrte heute von Kleinbeckten hieher zurück. Nachdem schon vor längerer Zeit der Geh. Staatsrath Franke von seiner Badereise hier wieder eingetroffen, ist vor einigen Tagen auch der Geh. Regierungsrath Samwer wieder zurückgekehrt.

**Kiel, 9. Sept. (W. L. B.)** Das „Schlesw.-Holst. Verordn.-Bl.“ veröffentlicht den Gasteiner Vertrag. Die Oberzivilbehörde bringt denselben den Behörden und Bewohnern von Schleswig, Holstein und Lauenburg zur Kenntniß, und zeigt an, daß die gemeinsame Oberzivilbehörde am 15. Sept. aufgelöst wird. Für jedes der genannten Herzogthümer wird dann eine besondere Verwaltung eingesetzt. Eine darauf bezügliche Bekanntmachung steht nahe bevor. Die für Holstein und Lauenburg bisher gemeinsam gewesenem Institutionen bleiben, vorbehaltlich demnachstiger Regulirung, einstweilen unverändert.

**Kiel, 10. Sept.** Die „Kiel. Ztg.“ meldet: Die Marine-Regiment in Friedrichsort werden durch ein Bataillon preussischer Infanterie ersetzt. Die Verlegung der Werft-Division ist in naher Aussicht. Beim Abdampfen der „Grille“ gestern Abend traf ein Gegenbefehl zum Weiterbleiben ein.

Die in Gappeln erscheinende „Angler Ztg.“ schreibt: In der Monatsversammlung der Angler Prediger und der Flensburger Prospekt stellten zwei Mitglieder den Antrag, zu erklären, daß die Anerkennung der Herzogthümer an Preußen ein Unrecht sei. Die übrigen Mitglieder verwarfen den Antrag.

**Schleswig, 7. Sept. (Nat.-Ztg.)** Dem „Alton. Art.“ werden folgende Personalveränderungen mitgetheilt: Arthur Reventlow, früherer Kurator der Kieler Universität, Amtmann von Kiel und Dorotheopol, ist zum Amtmann von Gotorff und Hütten ernannt worden. Am 14. d. M. wird er sein Amt antreten. Der bisherige Blöner Amtmann v. Levezau ist zum Amtmann in Tondern ernannt, Hugo Pleßsen ist als Amtmann nach Apprade veretzt; Graf Baubiffin als Amtmann nach Flensburg. An des Altkuar Borgfeld's Stelle tritt ein Altkuar aus Kappeln, Wolfshagen, und an dessen Platz wieder August Nathlev aus Kiel. Ueber den Einbruch dieser Ernennungen schreibt man demselben Blatt:

Sie sehen, daß die Ernennungen der neuen Beamten eben so rasch vor sich gehen, wie die Absetzungen. Hier in Schleswig ist die Stimmung eine sehr trübe, besonders seitdem der Weggang des Bürgermeisters Reimers allgemein bekannt geworden ist. Er ist anerkannt einer der tüchtigsten Beamten des Landes, und hatte sich in der kurzen Zeit seines Hierseins in hohem Grade das Vertrauen und die Anhänglichkeit der Bürger erworben. Ob sein Nachfolger bei der Bürgerschaft beliebt sein wird — wird die Zeit lehren. Die Schleswiger meinen, daß die Zeit unter ihrem dänischen Bürgermeister Bürgerfeld wiedererleben werde. Auch die Entlassung des Altkuars Borgfeld hat viel böses Blut gefeßt. Es ist Niemand in Schleswig, der so viel während der Kriegszeit für die preussischen Truppen gethan hat, als gerade er.

Das 55. Stück des „Verordnungsblatts“ bringt den Wortlaut der „Konzeption“ für die Firma von Erlanger und Söhne in Frankfurt a. M. zur Erwerbung und Benützung der süd- und nord-schleswig'schen Eisenbahn nebst Zweigbahnen — d. d. 20. März 1865 — nebst Regulativ für den Bau der nord-schleswig'schen Eisenbahn, Instruction für den Kommissar der schleswig'schen Eisenbahnen und Statut für die schleswig'sche Eisenbahn-Aktiengesellschaft.

**Schleswig, 9. Sept.** Das „Schlesw.-Holst. Verordn.-Bl.“ enthält folgende Bekanntmachung der Landesregierung: „Infolge einer Anzeige des preussischen Geschäftsträgers in Santiago sind alle aus dem Baltischen Meer kommenden Schiffe in den Häfen Schüls den Maßregeln der Quarantäne unterworfen.“

**Schleswig, 9. Sept.** In der Verordnung, welche die oberste Zivilbehörde über Ausführung der Gasteiner Uebereinkunft erläßt, sind in Betreff der Verwaltung der Herzogthümer Schleswig und Holstein folgende Bestimmungen getroffen: Durch die mit dem 15. d. Mts. eintretende Auflösung der obersten Zivilbehörde für die beiden Herzogthümer werden die bisherigen gemeinschaftlichen Institute (Ritterchaft, Landesuniversität, Kanal, Zrenantalt, Laubstummennstitut, Strafanstalt in Glückstadt etc.) nicht berührt, bleiben beiden Herzogthümern gemeinschaftlich, und unterliegen auch künftig der gemeinsamen Behandlung der obersten Regierungsbehörden von Schleswig und Holstein. Zoll-, Post- und Telegraphenwesen werden für jedes Herzogthum getrennt geführt. Die Kreuzzollinspektoren verbleiben gemeinsam. Die schleswig-holsteinische Hauptkasse in Rendsburg wird unter Einsetzung eines schleswig'schen und eines holsteinischen Kontrolleurs für jedes Herzogthum getrennt Buch-

führen. Die Finanzverwaltung wird getrennt. Die näheren Trennungsmodalitäten und die Behandlung der bisher gemeinsam gewesenem Ausgaben wird durch eine besondere Verordnung festgestellt werden.

**Schleswig, 10. Sept. (Zett. Bl.)** Dem „Alton. Art.“ zufolge hat General v. Mantuffel das hiesige Palais des Herzogs Karl von Glücksburg für die Summe von 150,000 Mark angekauft.

**Soderleben, 7. Sept. (Nat.-Ztg.)** Es ist jetzt (wie telegraphisch bereits erwähnt) entschieden, daß die nord-schleswig'schen Ortshaften Christiansfeld, Objernrup und Tyrstrup, wo eine starke dänische Agitation angetroffen wird, mit einer preussischen Kavallerieschwadron belegt werden sollen. Einige andere Dörfer werden später ebenfalls Einquartierung erhalten. Andererseits verlautet nach der hiesigen „Nord-schleswig Tidende“, daß einige so eben aus Kopenhagen zurückgekehrte nord-schleswig'sche Lehrer, Bauernräthe und Sandmänner (Kommunalbeamten) vor Gericht geladen werden dürften, weil sie ohne die gesetzlich vorgeschriebene Einholung der Zustimmung ihrer Vorgesetzten an der „Kopenhagener Pilgerfahrt“ Theil genommen haben sollen.

**Berlin, 8. Sept.** Ueber den Besuch der Nord-schleswiger in Kopenhagen äußert sich heute die „Nordd. Allg. Ztg.“ ziemlich verstimmt:

Grabe dieselbe Partei in ihren verschiedenen Nuancen, welche sich seit 1848 in Kopenhagen der Regierung bemächtigt hatte und diese ganze Politik vorbereitete und zu verantworten hat, welche in dem Kriege von 1864 dem Gesamtstaate drei Provinzen kostete, dieselbe Partei, sagen wir, ist es, welche die Demonstrationen in Nord-schleswig organisiert, um die Kopenhagener Regierung und das Land nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Es ist dieselbe Partei, welche jene traurigen Szenen des Jahres 1863 in Kopenhagen veranlaßte, bei welchen die königl. Familie selbst in ihren weiblichen Mitgliedern den rohesten Beschimpfungen ausgesetzt war, und welche jetzt offen in Wort und Schrift, sogar in der gesetzgebenden Versammlung den Grundsatz ausspricht, daß König Christian, nachdem er durch das Londoner Protokoll die Krone aus dem Grunde erhalten, daß dadurch der Gesamtstaat erhalten werde, jetzt nach dem Wiener Frieden auch kein Recht mehr auf diese Krone habe und dieselbe zu Gunsten der schwedischen Dynastie niederlegen müsse. Und es ist dies auch dieselbe Partei, welche von Kopenhagen aus in den Herzogthümern und in der Presse des Auslandes das Wohlwille thut, die preussische Politik anzugreifen, da sie das Augustenburgerische Schleswig-Holstein als eine leichte Beute der nächsten Zukunft betrachtet, dagegen diesen Hoffnungen entsagen möchte, wenn Preußen sich in den Herzogthümern festhält. Aber eine Einmischung gegen diese Partei, die für Preußen keine ernstlichen Gefahren bietet, würde daher weder eine Berechtigung noch einen Zweck haben. Mit viel erflarerem Auge muß man jedoch diese Agitationen in Kopenhagen selbst betrachten, wo dieselben bei ihrer Fortdauer weitere Komplikationen hervorzurufen geeignet sind, deren Tragweite sich gar nicht übersehen läßt.

Wie der „Breslau. Ztg.“ geschrieben wird, hat man in Berlin in liberalen Kreisen die Herausgabe eines größern Blattes, das zum Zentralorgan der Fortschrittspartei dienen sollte, vielfach ventiliert. Das Blatt sollte ein Konkurrenzblatt der „Nat.-Ztg.“ werden; doch ist der Gedanke vorläufig, wenn nicht aufgegeben, so doch verlag.

Der „Rhein. Ztg.“ zufolge ist auf Requisition des Obertribunals der Debattirer der „Breslauer Ztg.“, Hr. Stein, vom Stadtgericht vernommen worden, ob mehrere in der „Breslau. Ztg.“ unter der Ueberschrift „Aus dem Abgeordnetenhaus“ erschienene Artikel von dem Präsidenten, Abg. Kirchmann in Rathibor herrührten. Hr. Stein verneinte die Frage.

**Berlin, 10. Sept.** Sr. Maj. der König von Bayern ist zum Chef des 1. westphälischen Husarenregiments Nr. 8 ernannt worden. Bekanntlich war auch der verewigte König Maximilian II. Inhaber dieses Regiments. Die Verleihung desselben an den König Ludwig II. datirt vom 25. Aug., dem Geburtstag Sr. Majestät, an welchem Tage der König Wilhelm den königl. bayrischen Herrschaften auf Schloß Hohenschwangau einen Besuch abstattete. — Morgen beginnen die größeren Herbstmanöver des Gardekorps. — Am Freitag trafen auf der Hamburger Eisenbahn die Reservisten vom Füsilierbataillon des 2. schlesischen Grenadierregiments Nr. 11 aus Schleswig hier ein. Dieselben wurden gestern nach Breslau weiter befördert. Im Lauf des gestrigen Tages kamen die Reservisten vom 2. Bataillon des 8. pommerischen Infanterieregiments Nr. 61 und vom 6. ostpreussischen Infanterieregiment Nr. 43 aus den Erbherzogthümern hier an. Ihre Weiterbeförderung nach der Heimath erfolgte heute früh mittelst eines Extrazugs der Ostbahn. — Gestern Morgen ist der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, aus der Provinz Schlesien hier wieder angelangt. Der Kriegsminister v. Roon kehrt morgen aus Schlesien nach der Hauptstadt zurück. Die hier anwesenden Mitglieder des Staatsministeriums waren gestern Mittag zu einer vertraulichen Besprechung vereinigt. Gestern Abend wurde im Ministerium des Auswärtigen eine mehrstündige Ministerkonferenz abgehalten.

**Wien, 8. Sept.** Vor einiger Zeit wurde in verschiedenen Blättern mitgetheilt, daß zur Erhaltung der österreichischen



Okkupationsstruppen in den Herzogthümern (ungefähr 6000 Mann) Seitens der Herzogthümer jährlich 400,000 Thlr. gezahlt werden müssen, während für die preussischen (12,000 Mann) nur 250,000 Thlr. in Anspruch genommen würden. Die offizielle „Wiener Abendpost“ findet es heute angezeigt, diese Angabe näher zu beleuchten. Sie schreibt:

Vereinbarter Maßnahmen sollen durch den Aufenthalt der Besatzungstruppen in den Herzogthümern dem Staatsschatz der Besatzungsmächte keinelei Mehraufwand gegen den Aufenthalt dieser Truppen in der Heimath entstehen. Die österreichische Regierung wendet nun diesen Grundsatz in der einzig richtigen Weise an, daß sie dem thatsächlichen Aufwand ihrer auf einem der Kriegsstärke sich annähernden Stand befindlichen Brigade in Schleswig-Holstein denjenigen Kostenaufwand entgegenhält, welcher sich ergeben hätte, wenn diese Brigade im Inland, beziehungsweise wenn die Truppenkörper dieser Brigade in den vor ihrem Ausmarsch innegehabten Garnisonsorten und — gleich den übrigen Truppen im Inland — auf dem ordinären Friedensstand stehen würde. Die Differenz beider Positionen repräsentirt für den österreichischen Staatsschatz den Mehraufwand, welcher der Vereinbarung gemäß aus den Mitteln der Herzogthümer zu decken ist, und diese Differenz beläuft sich nun auch in der That auf etwa 400,000 Thlr. jährlich, hat aber nicht etwa bloß in der Gewährung der auch den dortigen königl. preussischen Truppen zuzumessenden extraordinären Besatzungszulagen, sondern auch und zwar vorwiegend in dem gegen das Friedensverhältnis erhöhten Stand der Brigade ihren Grund. Bei dem geringen Friedensstand, welcher in Oesterreich beibehalten wird, ist demnach dieses Standesplus ein sehr bedeutendes. Es wird uns beispielsweise angeführt, daß die Kompanie bei den Fußtruppen im Inland an Mannschafft nebst den Chargen nach dem Friedensfuß nur 54 Gemeine zählt, während die bei der Brigade in den Herzogthümern eingetheilten Truppen jede Kompanie nebst den Chargen nach dem Kriegesfuß 100 Gemeine im Stand führen. Es erhellt, daß in Anwendung des vereinbarten Grundsatzes die Landesfonds der Herzogthümer, wenn sie den ganzen Mehraufwand vergüten sollen, nicht nur das Mehr an Gehältern für den Friedensstand (z. B. für 54 Gemeine), sondern auch die ganzen Erhaltungskosten für die über den Friedensstand geführte Mannschaft (z. B. für 46 Gemeine) zu ersetzen haben, weil diese Truppen, falls sie im Inland wären, eben nur mit dem Friedensstand aufgestellt sein würden. Bei einer andern Berechnungsweise würde dem vereinbarten Grundsatz nicht entsprochen, würde der österreichische Staatsschatz in's Mitleid gezogen werden.

So die Begründung. Die Thatfache, daß aus den Landesfonds 400,000 Thlr. jährlich für die österreichische Brigade erfordert werden, wird also als richtig bezeichnet. Vom 15. d. ab würde also wohl Holstein allein diese Summe zu tragen haben.

**Wien, 9. Sept.** Die Antwort des englischen Kabinetts auf die österreichische Mittheilung über den Gastener Vertrag ist der „Köln. Ztg.“ zufolge in derselben vertraulichen Form erfolgt, in der die Eröffnung selbst gemacht war. „Carl Russell hat sich lediglich darauf beschränkt, dem Grafen Mensdorff mittheilen zu lassen, es sei ihm jene Notifikation zugekommen, und mit Befriedigung habe er davon Kenntniß genommen, daß das getroffene Abkommen einen lediglich provisorischen und transitorischen Charakter habe. Nur ganz beläufig wurde noch der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die früher oder später zu treffende definitive Entscheidung im allgemeinen deutschen Interesse, sowie im Geiste der betreffenden Landesrechte erfolgen werde. Die Mittheilung, welche wohl in ganz ähnlicher Weise auch nach Berlin gerichtet worden, ist in einem durchaus freundschaftlichen, jede Einmischung sorgfältig vermeidenden Tone gehalten. Von französischer Seite ist bis jetzt eben so wenig eine Rückäußerung erfolgt, wie von Seiten Rußlands.“

**Wien, 10. Sept.** Die „Wien. Ztg.“ meldet heute amtlich, daß F. M. v. Gablenz durch kaiserl. Handschreiben vom 4. d. M. zum Statthalter in Holstein ernannt wurde.

### Italien.

\* **Florenz, 9. Sept.** Die offizielle Zeitung veröffentlicht ein königl. Dekret vom 7. d. M., durch welches 1) die Abgeordneten-Kammer aufgelöst wird; 2) die Einberufung der Wahlkollegien auf den 22. Oktbr. und die etwa nöthig werdenden Nachwahlen auf den 29. Oktbr. festgesetzt werden; und 3) der Senat und die Deputirtenkammer auf den 15. Novbr. nach Florenz einberufen werden.

**Aucona, 8. Sept.** Vom 6. bis 7. d., Mittags, ist kein neuer Cholerafall mehr vorgekommen; von den früher Erkrankten sind vier gestorben.

### Frankreich.

\* **Paris, 10. Sept.** Man meldet aus Biarritz, 9. d.: Der Kaiser, die Kaiserin und der kaiserliche Prinz sind heute nach Sebastian gegangen. Sie werden am Abend zurückkehren. Die Königin von Spanien wird am Montag nach Biarritz kommen. — Wie aus Cherbourg gemeldet wird, sind die zwei Geschwader heute Morgen um 9 Uhr von hier abgegangen. Man versichert, sie würden sich nach der spanischen Küste begeben. — Den hiesigen Blättern wird aus Straßburg gemeldet, daß die mehrerwähnte Petition in der Orléans Angelegenheit mit Bewilligung der Provinzialbehörden im ganzen Elsaß zur Unterschrift zirkulirt.

### Spanien.

\* **Madrid, 9. Sept.** Die „Correspondencia“ sagt, daß das Gerücht eines Heirathsprojektes zwischen Prinz Amadeus von Savoyen und der Infantin Isabella aller Begründung entbehrt.

### Dänemark.

**Kopenhagen, 7. Sept.** (Köln. Ztg.) Gestern wurde die Eisenbahn auf der Insel Fünen eröffnet. Nachdem in Nyborg ein Dejeuner eingenommen war, ging der königliche Zug um 10 Uhr von da ab und durchlief die ganze Bahnstrecke. Ueberall ward derselbe von der zahlreichen Volksmenge mit Hurrahrufen empfangen und an jeder Station und jedem Haltplatz wurden Reden gehalten. Zu Middelfart wurde wieder eine Erstfischung eingenommen, worauf der Zug nach Odense zurückkehrte, wo er um 6 1/2 Uhr ankam. —

Gestern Morgen reisten die letzten Schleswig'schen Gäste ab, die Festheilnehmer von Aßen, Sundewit und Flensburg, aufs herzlichste begrüßt und wiederbegrüßt von den zurückbleibenden Wirthen. Die herrlichen Tage sind in ungestörter und erhebenster Weise verfloßen. Nur der König und die Beamtenwelt hielten sich fast ängstlich von aller Demonstration fern.

### Rußland und Polen.

**St. Petersburg, 5. Sept.** (Nat.-Ztg.) Während man bei der Armee auf Reduktionen bedacht ist, werden im Marinedepartement immer neue Widder- und Panzerschiffe von Stapel gelassen. Erst vor acht Tagen wieder wurde eine Panzerfregatte „Petropawlowek“ hier in der Hauptstadt flott gemacht; der Preis derselben wird auf 1 1/2 Millionen Rubel angegeben; ihr Panzer wiegt 50,587 Pud (etwa 17,000 Ztr.). Gleichzeitig wurde eine Panzerbatterie, aus der Privatgießerei der H. Schiannikow und Poletika hervorgegangen, ins Wasser gelassen; dieselbe hat 24 Kanonen, und führt den Namen „Kremlin“. Aus Warschau wird gemeldet, daß es gelungen, das untergegangene gepanzerte Kanonenboot „Smerch“ wieder an die Oberfläche zu bringen. Details über diese unerwartete Rettung fehlen noch. Unsere Flotte, welche mit dem Großfürsten Konstantin einen Ausflug nach Scandinavien gemacht hatte, kehrt nun zerstreut nach Kronstadt zurück; der Großfürst selbst ist bereits eingetroffen, und hat die Reise von Kopenhagen nach Kronstadt in der verhältnißmäßig sehr kurzen Zeit von 70 Stunden auf dem „Großen Admiral“ zurückgelegt.

### Donaufürstenthümer.

**Bukarest, 7. Sept.** Der hiesige Gemeinderath wurde vom Fürsten Eusa aufgelöst und bis zur Neuwahl eine Kommission mit der Kommunalverwaltung betraut.

### Lebanteppost.

**Konstantinopel, 2. Sept.** Am 23. August sind 81, am 29. 32, vom 30. bis 31. 25 Cholerafranke gestorben. Auch im Harem des Sultans sind drei bis vier Fälle vorgekommen. Der Vizekönig von Egypten hat die Errichtung eines Lazareths in Suez beschlossen, wo die aus Mekka heimkehrenden Pilger Kontumaz halten müssen. Zehntausend Tschetschenzen sind nach der Türkei gewandert; auch unter der Bevölkerung der großen und kleinen Kabarden beginnt die Auswanderung. Nachrichten aus Aleppo zufolge ist daselbst am 15. August die Cholera zum Ausbruch gekommen und herrscht ziemlich heftig. Gänzliche Geschäftsstockung.

**Uthen, 2. Sept.** Der russische Gesandte Graf Buzoff ist abgerufen und durch Nowikoff ersetzt worden.

### Großbritannien.

\* **London, 9. Sept.** Schleswig-Holstein ist fortwährend das stehende Thema aller Blätter. Die Sprache der Wochenblätter ist noch bitterer als die der Tagblätter und entzieht sich größtentheils der Wiedergebung. Nur einzelne Stellen von gemäßigterem Ton mögen zur Charakterisirung der jetzt in England vorherrschenden Anschauungsweise hier folgen. Die „Saturday Review“ sagt u. A.:

Es ist im Ganzen recht gut, daß es nicht zu einem Krieg zwischen England und Preußen kam; aber, wenn Preußen uns vorausgesetzt hätte, was es zu thun vorhatte, so kann es nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß bei der damaligen Stimmung des englischen Volkes, ein Krieg ausgebrochen sein würde. Es mag zweifelhaft sein, ob Deutschland, oder ob Oesterreich es geduldet haben würde, aber daß England es nicht gelitten haben würde, das können wir ganz sicher sein. Und für die Königin liegt in diesem schlimmen Handel eine besonders schmerzliche Kränkung. Von allen Jenen, die der triumphirenden Ungerechtigkeit Preußens zum Opfer gefallen sind, ist Niemand so offen gebühlich wie das Haus Coburg u. s. w.

Die konservative „Pres“ bedauert nichts so sehr, als daß der unglückselige Schleswig-holsteinische Streit das Zustandekommen einer innigen Allianz zwischen England und Oesterreich verhindert oder verzögert habe. Eine solche Allianz würde in politischer und kommerzieller Beziehung für beide Theile gleich vorthellhaft sein. Jeder Engländer, der sich mit den Institutionen Oesterreichs und den Sitten des österreichischen Volkes bekannt mache, finde dort Vieles, was ihm Bewunderung einflöße. Die Borurtheile, die gegen Oesterreich durch Entstellungen aller Art hervorgerufen worden waren, seien schon im Verschwinden gewesen, als das leidige Schleswig-holstein dazwischen trat. Und was habe Oesterreich für all' seine Opfer erlangt? Wenn man die Gastener Konvention ansehe, so scheint es, als habe Oesterreich bloß seinen Theil an der den deutsch-dänischen Krieg anlebenden Ehrenrührigkeit übernommen, aber auf jeden Antheil an der gemachten Beute thatsächlich verzichtet. Rußland blühe blüher großend drein, Frankreich freue sich über den von den deutschen Großmächten statuirten unschätzbaren Präzedenzfall, und England schweige beschämt. An dem Allen — schließt das Oppositionsblatt — sei Niemand schuld als Carl Russell, dessen unglückseliges Notenschreiben niemals hätte beginnen sollen.

Der Ausruf: „Die Franzosen werden über Euch kommen!“ tönt aus allen Blättern. — Der Korrespondent der „Morn.-Post“ aus Kiel empfiehlt die Absendung einer identischen englisch-französischen Note nach Berlin, des Inhalts, daß die (jetzt verletzten) Bedingungen des Wiener Friedens beobachtet werden müßten; wenn zugleich 4 französische und 4 englische Fregatten in die Ostsee gingen, würde von einer Annexion der Herzogthümer durch Hrn. v. Bismarck nicht mehr die Rede sein.

### Amerika.

\* **Neu-York, 31. Aug.** Die demokratische Konvention von Pennsylvania, welche am 24. Aug. in Harrisburg zusammengetreten ist, hat ihre Parteigenossen in Ohio noch zu überbieten gewußt an Heftigkeit der Sprache und Feindseligkeit gegen die Widersacher der Rebellion. In ihren Resolutionen spricht sie von dem „Gemetzel, den Schulden und dem Schimpf“ des Krieges, welche die Folge der Nichtachtung

der Rathschläge demokratischer Führer seien; fordert den Präsidenten Johnson auf, dem Amtsmißbrauch militärischer Behörden Einhalt zu thun und keine amtliche „Mordthaten“ mehr zu dulden; erklärt die Verletzung des Stimmrechts an Neger als ein „Verbrechen gegen die Weissen“, und in diesem Tone weiter. Auch verlangt sie die Wiederherstellung der Rede- und Pressfreiheit. Man fragt sich, was denn noch „wiederherzustellen“ bleibe an Rede- und Pressfreiheit, wenn die Verhandlungen dieser Konvention unbehindert veröffentlicht werden dürfen. — Die Zeugenvernehmung in dem Wirh'schen Prozeß bringt sehr gravirende Thatsachen gegen den Angeklagten an's Licht. Als erster Zeuge wurde G. C. Gibbs, ein früherer südstaatlicher Offizier, der in Andersonville einen Posten zu kommandiren hatte, verhört; er sagte aus, daß das Gefängniß überfüllt gewesen sei, daß eine Grenzlinie bestanden habe, welche die Gefangenen nicht überschreiten durften, daß Hunde gehalten worden seien zur Verfolgung flüchtiger Gefangener. Der Hund seien sechs bis sieben gewesen, gewöhnliche „Plantagenhunde“ und keine Bluthunde. Er wisse nichts davon, daß Wirh die Hinrichtung eines Gefangenen angeordnet oder selbst Einen getödtet habe. Dr. J. E. Bates, früherer Chirurg in der südstaatlichen Armee, sprach seine Ansicht aus, daß drei Viertel der Gestorbenen durch ordentliche Behandlung zu retten gewesen sein würden. Zugleich zu einer Zeit hätten 2500 an Storbud, kaltem Brand und anderen Krankheiten niedergelegen, viele Gefangene seien fast ohne Kleidung gewesen, und die Lebenden hätten ohne Weiteres die Kleider der Gestorbenen anziehen müssen. Die Speisen seien zuweilen gut, zuweilen schlecht gewesen; viele Gefangene seien in Folge der Kargheit und der Gesundheitswidrigkeit der dargereichten Nahrung gestorben. Die Vertheilung der Rationen habe sich nach den Vorräthen richten müssen, und eine Verschönerung, um den Tod der Gefangenen zu verurursachen, sei seines Wissens nicht vorhanden gewesen. Ein früherer Chirurg der Bundesarmee, der von Wirh parolirt und im Hospital angestellt worden war, Dr. A. W. Barrows, sagte aus, daß er 700 Patienten, die an Storbud, kaltem Brand und Diarrhöe litten, auf dem Boden liegen sehen; Wirh habe gedroht, Jeden, der zu fliehen versuche, zu Tode hungern zu lassen; ein entweichender Gefangener sei von den Hunden gebissen worden, und darauf an dem durch die Wunden verursachten kalten Brande gestorben. Nach Vernehmung dieser Zeugen wurde die Sitzung geschlossen.

Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten ist wieder stark im Zunehmen begriffen. In den ersten drei Wochen des vergangenen Monats sind mehr als 17,000 Personen aus Europa in Neu-York angekommen; darunter waren 200 Schweden und zwischen 100 und 200 Polen. Viele der Einwanderer reisen sofort nach Süden ab, um dort Ackerbau zu treiben.

\* **Neu-York, 31. Aug., Abends.** (Per „China.“) Der Präsident hat in einer Proklamation alle auf dem Handelsverkehr in und mit dem Süden noch lastenden Beschränkungen, einschließlich der Bestimmungen in Betreff der Kriegskontrebande, aufgehoben; und nur solche Anordnungen, wie sie etwa von dem Finanzministerium getroffen wurden, sollen fernerhin bestehen. Den provisorischen Gouverneuren in den Südstaaten ist angekündigt worden, daß der Postdienst in den verschiedenen Staaten augenblicklich wieder einzurichten sei, sobald loyale Postmeister angestellt worden; auf 16 Routen ist der Dienst schon wieder hergestellt und 186 Postämter sind wieder eröffnet. — Der Prozeß gegen Jefferson Davis soll vor einem Bezirksgerichtshof, wahrscheinlich in Norfolk (Virginia), unter Vorsitz des Oberrichters Chase zur Verhandlung kommen. — Der Fälscher Ketchum ist in das Comps-Gefängniß eingesperrt worden. Der Bezirksanwalt hat im Namen des Volkes die Anklage gegen ihn erhoben, indem sich, wie er sagte, kein Privatkläger bereit fand, in der Sache aufzutreten. Den gegen Wilmford, den Borsenmakler, eingeleiteten Prozeß hat man fallen lassen und der Gefangene ist in Freiheit gesetzt worden. — In Nord-Carolina ist ein Konflikt zwischen den Militär- und Zivilbehörden entstanden. Der provisorische Gouverneur Holden forderte von dem General Hagen die Auslieferung dreier Bürger, welche wegen eines Angriffs auf einen Neger verhaftet worden waren. Der General verweigerte die Auslieferung, weil, nachdem die Zivilbehörden mehrmals derartige Gefangenschaftsurtheile, ja selbst Mord, hätten ungeändert passiren lassen, jetzt das Militär die Pflicht habe, die Ordnung aufrecht zu erhalten. — Die demokratische Konvention von Neu-Jersey hat den General Remyan zum Gouverneur nominirt. Die Resolutionen schoben den Krieg auf den Fanatismus der Abolitionisten und die Wahl eines parteilichen Präsidenten, sprachen sich für die Rechte der Einzelstaaten aus, stimmten dem Präsidenten Johnson darin bei, daß die Entscheidung über die Stimmberechtigung der Neger den einzelnen Staaten anheimzustellen sei, und erklärten die Staatschuld als eine ungeschickt verwaltete und drückende Last. — In Richmond ist eine Unions-Massensammlung veranstaltet worden, um den von der nordstaatl. Presse gegen die Aufrichtigkeit der südstaatl. Loyalität erhobenen Verdächtigungen entgegenzutreten und die Zufriedenstellung mit dem Ausgang des Krieges und der Abschaffung der Sklaverei an den Tag zu legen. Auch wurde der Vorschlag gemacht, daß im ganzen Süden derartige Versammlungen gehalten werden sollten. — Der Hr. Montgomery Blair (der von jeder Senard's Widerstacher war) erklärte in einer zu Clarksville in Maryland gehaltenen Rede, daß Hr. Senard nach seiner Anstellung in dem Kabinette Lincoln's noch mit dem Kriegsminister Stanton und Mitgliedern der Buchanan'schen Verwaltung zusammen dahin gearbeitet habe, die Rebellion aufzumuntern; er verlangte weiterhin, da nun die Sklaverei abgeschafft sei, keine Strafe mehr gegen den Süden zu vollziehen und alle, selbst die ersten Führer der Insurrektion zu amnestiren. — Man erwartet von der Baumwoll-Ernte nicht mehr als die Hälfte eines Durchschnittsertrages. Die Planzer in Südkarolina führen Klage über die Trägheit der Neger, die nur unter militärischem Zwang arbeiten wollten. — Der „Shenandoah“ hat wiederum



neun Wallfischfänger-Boote zerstört. Zwei Unions-Kriegsschiffe sind von Acapulco ausgelaufen, um Jagd auf das Raubschiff zu machen.

**San Francisco.** Man meldet dem Pariser „Moniteur“: Das Paketboot „John L. Stephens“, welches am 26. Juli vor dieser Stadt angekommen war, brachte die Nachricht der Befreiung des Kommandanten Gazelle vom „Lucifer“, sowie der H. de St. Julien, Marquiset und Ransieur und der Soldaten und Seeleute mit, die nach der Affaire von San Pedro bei Colliac gefangen genommen worden waren. Der mexikanische General Manuel Gombara, der mehrere Jahre lang Gouverneur von Sonora war, ist in der That dazu gelangt, die hauptsächlichsten Bezirke dieses Staates gegen die Autorität des Gouverneurs Perceyra aufzulehnen. In Gemeinschaft mit einem mexikanischen Chef Namens Salvador Baqueza wagte er es, die kleine Stadt Grosura zu besetzen, wo sich die französischen Gefangenen befanden, und Dant der Unterführung einer Bande, die er mit sich vereinigte, nachdem er sie vorher bezwungen hatte, bemächtigte er sich dieser Stadt. Dieser glänzende Erfolg fand am 25. Juni statt, und zwei Tage später übernahm Hr. Gazelle selbst das Kommando einer Abteilung und gab sich daran, seine gefangenen Soldaten und Seeleute, welche im Lande zerstreut waren, aufzusuchen. Nachdem er sie gesammelt und bewaffnet hatte, wendete er sich gegen Guaymas, wo er am 11. Juli mit 32 Matrosen, 23 Turnern und einer Bedeckung von 35 Reitern, die Salvador Baqueza zu seiner Verfügung gestellt hatte, anlangte.

Es wird versichert, daß Perceyra sehr entmuthigt ist und sich nicht im Stande glaubt, einen langen Widerstand zu leisten.

### Holscheingabe an den Bund.

**Kiel, 8. Sept.** Die am Mittwoch von den hier anwesenden Mitgliedern der holscheingabe an den Bund lautet:

Hohes Bundesversammlung! Mit dem ganzen Lande haben die unterzeichneten Mitglieder der holscheingabe an den Bund die Siege Oesterreichs und Preußens in dankbarer Freude begrüßt. Die dänische Gewalt Herrschaft war gebrochen, das Londoner Protokoll war beseitigt; die Herzogthümer gaben sich mit Zerschlagung der Hoffnung hin, sie würden nach jahrelangem schwerem Druck jetzt endlich in völliger Einigung mit Deutschland unter ihrem legitimen Fürsten der lang ersehnten Selbstständigkeit sich zu erfreuen haben.

Diese Hoffnung ist schmerzlich getäuscht. Seit dem Wiener Frieden ist fast ein Jahr verflohen, aber die Herzogthümer sind noch heute ein Land ohne seinen rechtmäßigen Landesherren und ohne eine zur Mitwirkung bei der Verwaltung seiner Gegenwart und Zukunft berufene Landesvertretung. Während selbst unter dänischer Herrschaft die Stände ordnungsmäßig zusammentreten und wenigstens Klage über die Unbill, die dem Lande widerfuhr, und Protest wider das Unrecht, welches demselben drohte, erheben konnten, ist das Land, seitdem es in deutsche Hände übergegangen ist, noch nicht gehört. Man hat seine Grenzen verändert, man hat ihm im raschen Wechsel verschiedene Regierungen gegeben, man hat in die Verwaltung und seitliche Ordnung seiner Verhältnisse tief eingegriffen, man hat über seine finanziellen Mittel verfügt; aber man hat es nicht für nöthig gehalten, das Land in seiner Vertretung zu vernehmen.

Die unterzeichneten Mitglieder der holscheingabe an den Bund haben zu dem Allen geschwiegen. Vertrauensvoll hielten sie daran fest, es werde auch diese schwere Zeit nur eine Zeit des Ueberganges sein und die Herzogthümer würden in der Kürze unter ihrem legitimen Fürsten sich selber wiedergeben werden. Hohes Bundesversammlung! Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo wir glauben, nicht länger schweigen zu dürfen. Die Konvention, welche die Regierungen von Oesterreich und Preußen am 14. August d. J. zu Gastein abgeschlossen haben, macht es uns zur unabweislichen Pflicht, unsere Stimme zu erheben.

Durch diese Konvention ist nicht allein die definitive Ordnung unserer Verhältnisse, auf welche das Land sehnsüchtig wartet, ins Ungewisse hinausgeschoben, sondern es ist auch die Verbindung der Herzogthümer Schleswig-Holstein auf's Neue gelöst. Die Herzogthümer betrachten diese Verbindung als das Fundament ihres Staatsebens und ihrer nationalen Entwicklung. Sie haben es als die bitterste Kränkung empfunden, daß das Recht auf ihre Zusammengehörigkeit von Seiten Dänemarks angetastet wurde. Sie haben für dasselbe mit dem Schwert und mit dem Wort gekämpft. Sie haben gebittet, als die deutschen Großmächte für dasselbe aufzutreten. Sie haben bei allem Schmerz über manderlei getäuschte Hoffnungen es gleichwohl dankbar anerkannt, daß sie seit dem Anfang dieses Jahres durch gemeinsame Verwaltung wieder vereinigt waren. Aber sie empfinden es eben darum jetzt auch als den tiefsten Eingriff in ihre Rechte, daß dieses Band aufs Neue gelöst ist; sie empfinden dies um so schmerzlicher, weil das von deutscher Hand geschahen konnte, und in noch weiterem Umfang, als ehe dem selbst unter dem dänischen Regimente.

Hohes Bundesversammlung! Die durch die Gasteiner Konvention wieder herbeigeführte Trennung der Herzogthümer hat aber die Herzen der Schleswig-Holsteiner nicht bloß mit dem Gefühl tiefen Unmuths, sondern auch mit schwerer Sorge erfüllt. Diese Sorge ist ein Beweis, daß man mit den Herzogthümern verfährt, als wären sie rechtlos. Sie hat daher stärker als je die Besorgniß nachgerufen, daß die beiden deutschen Großmächte, welche gegenwärtig in faktischen Besitz der Herzogthümer sind, ohne Mitwirkung derselben eine schließliche Regelung ihrer Verhältnisse vornehmen könnten. Die Bewohner der Herzogthümer haben es, soweit das unter den jetzigen Umständen möglich gewesen ist, wiederholt und unwiderrüchlich ausgesprochen, daß sie bereit seien, an Preußen solche Einräumungen zu machen, welche im Interesse Deutschlands gefordert würden. Daß es ihnen damit voller Ernst sei, würden sie bewiesen haben, wenn sie durch eine aus ihrer Mitte berufene Vertretung sich hätten ausdrücken können. Aber die Schleswig-Holsteiner halten dabei an ihrem Landesrecht und, was das Beste ist, an dem Recht ihres legitimen Landesherren, welches auch von den beiden deutschen Großmächten auf der Londoner Konferenz klar und bündig anerkannt ist, in aller Treue fest. Sie huldigen nicht der Ansicht, daß in politischen Dingen eine vermeintliche Zweckmäßigkeit oder gar die Gewalt vor dem Recht gehen dürfe. Sie würden es daher auch nicht einräumen können, wenn man aus einem zu ihrer Befreiung geführten Krieg Rechte ableiten wollte, wie sie dem Oberer zustehen. Sie würden vielmehr jede definitive Ordnung der

Landesherrschaft, welche man ohne Zustimmung der Landesvertretung treffen wollte, nicht als eine zu Recht bestehende, sondern als eine Verge- waltigung ansehen.

Die unterzeichneten Abgeordneten haben es für ihre Pflicht gehalten, Demjenigen, was in diesem Augenblick die Herzen der Bevölkerung Schleswig-Holsteins in einer an Einmüthigkeit grenzenden Weizahl bewegt, einen Ausdruck zu geben. Sie sind der festen Ueberzeugung, daß das geschieht, wenn sie Namens des Landes Protest einlegen gegen die dem Landesrecht zuwiderlaufende Trennung der Herzogthümer Schleswig-Holstein; wenn sie mit Entschiedenheit fordern, daß das Land in seiner Vertretung über seine eigenen Angelegenheiten gebürt werde, und dabei erklären, daß sie jede Abmachung, welche ohne Mitwirkung der Landesvertretung getroffen würde, als nicht zu Recht bestehend ansehen, und wenn sie noch einmal laut und feierlich aus- sprechen, daß sie nur in dem Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein den berechtigten Landesherren anerkennen.

Unter Hinweisung auf das Gesagte stellen die Unterzeichneten den eheerbetragten Antrag: Eine hohe Bundesversammlung wolle dahin wirken, daß das Recht unseres Landes ohne weiteren Verzug seine Anerkennung finde.

So geschahen Kiel, 6. Sept. 1865.  
Prof. E. Versmann aus Jheoe, Abgeordneter für den 2., Propst Hr. Lamken aus Trittau, Abg. für den 3., Pastor E. Schrader aus Kiel, Abg. für den 4., Prof. A. Salemann aus Oldenburg, Abg. für den 5. geistl. Wahlbezirk; Otto Dittus aus Hemsbeck, Abg. für den 1., P. Witt, Abg. für den 2., H. Schütt, Abg. für den 3., R. M. Pflueg, Abg. für den 4., C. Möller, Abg. für den 5., J. Schärmer, Abg. für den 6., E. Meyn, Abg. für den 7., G. Mannshardt, Abg. für den 9., W. G. Vodelmann, Abg. für den 10., Hr. Doose, Abg. für den 12., J. Arp, Abg. für den 14., L. Weidemann, Stellvert. für den 15. ländl. Wahlbezirk; Th. Reinde, J. L. Semper und Ed. Lorenzen, Abgg. für den 1., G. Rendtorff und H. D. Lange, Abgg. für den 2., Knoop, Abg. für den 3., W. Wiggers, Abg. für den 4., J. J. Jansen, Stellvert. für den 5., Dr. G. J. Körner, Abg. für den 6., Th. Lübke aus Wilsdorf, Stellvert. für den 7., P. J. Lichtwerck, Abg. für den 8., J. Thomfen, Abg. für den 9., Wyncken, Abg. für den 11. städtischen Wahlbezirk, v. Aubert, Abg. für den 12. städt. Wahlbezirk; G. Rendtorff, laut Spezialvollmacht; Dr. Behn, Abg. für die Universität.

### Baden.

**Karlsruhe, 11. Sept.** Der „Bad. Beobachter“ bringt fast täglich eine längere oder kürzere Reihe von Mittheilungen aus seinen, meist ganz unbekanntem Dristhaften über Bahnerfolge der kirikalen Partei. Wögen die Berichte, was wir zur Zeit nicht zu beurtheilen vermögen, im Einzelnen wahr sein, so geben sie doch im Ganzen durch Verschweigen der großen gegen jene Partei ausgefallenen Entscheidungen ein durchaus falsches Bild von dem Ausgang des mit fast beispielloser Theilnahme geführten Wahlkampfes. Wir denken schon in den nächsten Tagen unsere Leser die Wahlergebnisse aus dem ganzen Lande nach den einzelnen Amts- und Wahlbezirken unter Angabe der Stimmenzahl beider Parteien mittheilen zu können, und beschränken uns für heute darauf, aus verschiedenen Landesstellen nur einige allgemeine Angaben über den Ausfall der Wahlen zu machen, die aber genügen werden, die Illusionen, welche der „Beobachter“ sich oder seinen Lesern zu machen sucht, gründlich zu zerstreuen. Kirikalische Wahlmänner wurden gewählt in den Bezirken: Adelsheim unter 63 — 19, Heidelberg unter 227 — 8, Gengenbach unter 63 — 13, Emmendingen unter 100 — 2, Breisach unter 87 — 17, Pforzheim unter 142 — 25, Radolfzell unter 71 — 15, Neustadt unter 59 — 6, Donaueschingen unter 97 — 4. Im Bezirksamt Karlsruhe gehören sämmtliche Wahlmänner, mit Ausnahme jener von Beierheim, Bulach und Daxlanden, der antikirikalischen Partei an, eben so jene im Bezirksamt St. Oadach, mit Ausnahme der Orte Schwandorf, Drisingen und Raitzelsbach.

Im Bezirksamt Weierheim hat nur der einzige Ort Leutershausen und auch dieser nur die Hälfte seiner Wahlmänner aus den Kirikalern genommen, die ihren größten Triumph wohl im Bezirksamt Waldbrunn gefeiert haben werden, wo von 56 Wahlmännern nur 3 zu den liberalen Grundfragen unserer neuen Gesetzgebung sich bekennen sollen. Auch im Bezirksamt Buchen scheinen die Ultramontanen die Majorität gewonnen zu haben, während sie in dem altkirikalischen Amt Bruchsal nur etwa die Hälfte der Wahlmänner zu den ihrigen zählen können, die Stadt Bruchsal selbst, auf welche sie so gern pochten, ihnen sogar verloren ist. Aus dem Bezirksamt Kork wird gar gemeldet, daß von 100 Wahlmännern nicht ein einziger der ultramontanen Partei angehört.

Diese kurzen Zahlenergebnisse, bei welchen wir bemerken, die wie Messer, St. Blasen, Wolsch u. a. ganz überwiegend liberal wählten, eben eine Reihe größerer Städte, in welchen der Ultramontanismus vollständig unterlegen ist, gar nicht berücksichtigt haben, mögen vorerst genügen, um die Verichte des „Beobachters“ über die Duobesieger Partei ins rechte Licht zu stellen. Wir hoffen nächstens mit umfassenderen Zahlen, die keine Ausflucht mehr offen lassen, aufwarten zu können.

**Pforzheim, 10. Sept.** Gestern Abend hat hier ein Eisenbahn-Unfall stattgefunden. Wegen falscher Stellung der Ausweichvorrichtung lief auf hiesigem Bahnhof der nach 6 Uhr Abends von Karlsruhe ankommende Personenzug in das gleiche Geleise ein, auf welchem kurz vorher ein Extra-Güterzug gestanden hatte und in welchem sich noch ein mit Bier beladener Güterwagen befand. Obgleich die Geschwindigkeit des ankommenden Zuges eine ganz gemäßigte war, stieß derselbe aber doch noch so heftig gegen den ein- zigen dastehenden Güterwagen an, daß dieser zertrümmert und die Puffer, sowie die Laternen der Lokomotive zerbrochen wurden. Wenige Personen erlitten leichte Quetschungen und nur ein Bediensteter der Bahn trug einige Verletzungen an einer Kinnlade davon. Sämmtliche fremde Reisende konnten ohne Anstand weiter befördert werden.

**Schwellingen, 10. Sept.** Man schreibt dem „Mannh. Journ.“: Die in mehreren Blättern übertragene Nachricht von einem hiesigen Wahlsieg der Kirikalern ist eine unwahre und erbeichtliche Verächtigung. Schwellingen wählte in zwei Distrikten. Im Distrikt I ist es den Kirikalern gelungen, sieben ihrer Kandidaten durchzudrücken; im Distrikt II dagegen setzten mit durchweg namhafterer Stimmenzahl sämmtliche sieben Vertrauensmänner der Liberalen, — lauter Namen von Gewicht. Wo bleibt der Sieg der Kirikalern?

### Vermischte Nachrichten.

Die letzte Volkszählung in Bayern vom Dez. 1864 ergab (nach der nunmehr vollendeten Revision der Listen) eine Einwohnerzahl von 4,807,440 Menschen. Es ist dies eine Zunahme von 117,603 in den jüngsten 3 Jahren, — eine viel stärkere Vermehrung als früher statt- fand, die jedoch jener in Sachsen und Preußen weitaus noch nicht gleichkam, und auch hinter der in Baden und Nassau ansehnlich zurückblieb. — Was die einzelnen Regierungsbezirke anbelangt, so treffen auf Oberbayern 818,485 Einw., Niederbayern 583,959, Pfalz 625,157, Oberpfalz 490,292, Oberfranken 527,647, Mittelfranken 562,826, Unterfranken 617,819, Schwaben 581,255. — Von der Gesamtzahl gehören 118,082 dem Militärstand an. — Von den Städten haben die größte Bevölkerung (überall die Garnison mitgerechnet): München 167,054, Nürnberg 70,492, Augsburg 49,332, Würzburg 41,082, Regensburg 29,893, Bamberg 25,240, Bayreuth 19,208. (N. Fr. Z.)

**München, 6. Sept.** Die Heirat zwischen Prin. Helene v. Dänig und Hr. v. Rakowiz (der im Duell Laffalle erschossen hat), von der man glaubte, sie habe bereits stattgefunden, wird, wie der „Social-Demokrat“ jetzt hört, überhaupt nicht stattfinden.

**Dresden, 9. Sept. (N. Z.)** Der Rechenschaftsbericht der Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins, welche vom 6. bis 8. Sept. hier wolle, gewährt einen interessanten Ueberblick über die Thätigkeit des Vereins. Seit seiner Gründung im Jahr 1842 hat der Gustav-Adolf-Verein zur Unterstützung der protestantischen Kirche in katholischen Landschaften die Summe von 2 Mill. Thln. für diesen Zweck verausgabt. Die erste Million kam in den 16 Jahren von 1843 bis 1858, die zweite Million aber schon von 1859 bis 1864, also in 6 Jahren, zur Verwendung; der beste Beweis von der immer mehr wachsenden Theilnahme und Thätigkeit des Vereins im deutschen Volk. In dem Jahr 1864 sind 723 dürftige protestantische Gemeinden mit 195,463 Thln. unterstützt worden. Von diesen Gemeinden befinden sich 6 in Nordamerika, 10 in Belgien, 400 in Deutschland, 27 in Frankreich, 7 in Holland, 3 in Italien, 206 in Oesterreich, 43 in preussisch Polen, 4 in Portugal, 4 in der Schweiz, 17 in der Türkei. Im letzten Jahr hat sich die Zahl der Vereine um 17 Zweigvereine, 1 Bezirksverein und 17 Frauenvereine vermehrt. Seit seinem Bestehen hat der Gustav-Adolf-Verein 229 protestantische Kirchen aus seinen Mitteln theils ganz, theils zum großen Theil erbauen lassen. Augenblicklich sind für Rechnung des Vereins 21 neue protestantische Kirchen im Bau begriffen.

**Hamburg, 7. Sept.** Unsere Bürgerschaft beschäftigte sich gestern mit der Arbeiterfrage, oder richtiger mit der Frage nach der Befugniß der Polizei, nicht-heimatberechtigte Arbeiter auf dem Verwaltungsweg auszuweisen. Dieses Recht nimmt die Polizei auch nach der neuen Gesetzgebung über Gewerbefreiheit und Freizügigkeit in weitestem Umfang für sich in Anspruch, und es hat neuerlich, nachdem in Anlaß der Arbeiterüberlegungen dieses Sommers der Bürgerausschuß sich dahin entschieden, daß die bestehende Gesetzgebung für eine einseitige Remonstration gegen Ausweisungsbefehle der Polizei keinen Raum lasse, das Obergericht ein Erkenntniß dahin abgegeben, es sei die von der Polizei verfügte Ausweisung eine reine Verwaltungsgeschäfte, gegen welche eine Berufung an die Gerichte nicht zulässig. Nun aber sind polizeiliche Ausweisungen von Arbeitern wegen der geringsten Differenzen mit ihren Arbeitgebern bei uns an der Tagesordnung, ohne daß sich mit Deutlichkeit das dabei maßgebende Prinzip erkennen ließe. Diefem Zustand ein Ende zu machen, hat das Bürgerausschussmitglied Hr. Neumann einen, dem betreffenden badischen Geset nachgebildeten Gesetzentwurf über die Berechtigung Nicht-Staatsangehöriger zum hiesigen Aufenthalt eingebracht, der dem Wunsch des Antragstellers gemäß an einen Prüfungsausschuß verwiesen ist. Außerdem liegt noch ein ähnlicher, durch eine Petition des Arbeiter-Bildungsvereins veranlaßter Antrag vor, der auf Wiederaufhebung einer neuen Polizeibekanntmachung abzielt, wonach alle fremde Arbeiter, sobald sie innerhalb 3, beziehungsweise 8 Tagen keine Arbeit finden, die Stadt zu verlassen haben. Dieser Antrag wurde zur Vorprüfung an den Bürgerausschuß überwiesen.

**Hamburg, 8. Sept. (B. V. Z.)** Die „Hamb. Ztg.“ berichtet, daß heute zwischen einem preussischen und einem österreichischen Offizier bei Wahrenfeld, unweit Altona, ein Duell stattgefunden hat. Der preussische Offizier wurde lebensgefährlich verwundet, vom Platz getragen; sein Gegner hat sich unmittelbar darauf gestürzt.

Ein Berliner Korrespondent der „Eberf. Ztg.“ nennt als Mitglieder der Minorität der Kronsynodi, die sich gegen die Rechtsbafis des Wiener Friedens ausgesprochen haben, die H. Jaehgnen, Bernuth, Bauerband, Bloemer, Hestler und Homeyr. Den siebenten Namen (der betreffende Beschluß wurde mit 11 gegen 7 Stimmen gefaßt) kennt der Korrespondent nicht.

**Breslau, 7. Sept.** Der Professor an der Universität Königsberg und Direktor des Hebammen-Instituts daselbst, Dr. Spiegelberg, hat einen Ruf nach Breslau erhalten, dem er noch zu Michaelis Folge leisten wird.

**Luzern, 8. Sept.** Die Regierung von Luzern beantragt, dem Großen Rath eine kantonale Subsidie von 1 1/2 Mill. für die Gott- hard-Bahn, und für den Fall, daß das Gotthard-Projekt zu Stande kommt, eine Aktienbeteiligung von 2 Mill. an der Entle- bucher Bahn.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

10 Sept.	Barome- ter.	Ther- mo- meter.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27.15	+16.0	S.W.	fast bew.	Sonnentl., mild
Mittags 2 „	0.65	+23.5	„	„	„
Nachts 9 „	0.93	18.0	„	„	trüb, mild.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 12. Sept. 3. Quartal. 94. Abonnementvor- stellung. Zum ersten Male wiederholt: **Im Wartesalon I. Klasse;** Lustspiel in 1 Akt, von Hugo Müller. Hierauf: **Ein Feld der Reclame;** Schwank in 2 Akten, von Julius Rosen.

### Theater in Baden.

Mittwoch 13. Sept. **Der Deserteur;** Oper in 3 Ak- ten, von Pasqué, Musik von Ferdinand Hiller.



